



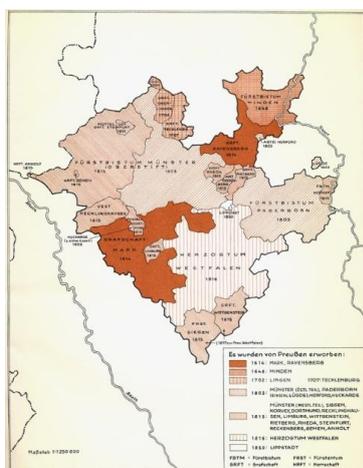
Chronik des Oberlandesgerichts Hamm



©Heinz Feußner

vor 1820

Preußische Provinz Westfalen



Karte „Erwerb der einzelnen Gebietsteile der Provinz Westfalen durch Preußen“

in: Hermann Aubin u.a. (Hgg.), Der Raum Westfalen, Bd. 1, Karte 13, Berlin 1931 (LWL-Internet-Portal "Westfälische Geschichte", URL: <http://www.westfaelische-geschichte.de/kar20>)

Im Zuge seiner Justiz- und Verwaltungsreformen gliedert Preußen sein Staatsgebiet in Provinzen. Diese teilt es in Bezirke der Regierungen als staatliche Verwaltungsbehörden und in Bezirke der für die Rechtspflege zuständigen Oberlandesgerichte ein. Für die nach dem Wiener Kongress neu geschaffene Provinz Westfalen werden die drei Regierungsbezirke in Münster, Minden und Arnberg festgelegt. Die Städte Münster, Paderborn, Arnberg und Kleve werden Sitze der vier Oberlandesgerichte für die Provinz, wobei sich der Bezirk des Klever Oberlandesgerichts sowohl auf Gebiete der Provinz Westfalen als auch auf Gebiete der vorrangig linksrheinischen, späteren Rheinprovinz erstreckt. Er umfasst die rechtsrheinischen Gebiete des ehemaligen Herzogtums Kleve (mit den Städten Emmerich, Wesel, Dinslaken und Duisburg). Im Übrigen erstreckt sich der Klever Bezirk auf die Gebiete der ehemaligen Grafschaft Mark (mit den Städten Bochum, Hagen und Hamm) sowie Essen, Werden, Limburg, Dortmund, Lippstadt, Broich und Recklinghausen.

Hamm, als ehemalige „Hauptstadt“ der Grafschaft Mark noch 1815 als Sitz einer Regierung und eines Oberlandesgerichts vorgesehen, geht zunächst leer aus.

1820

Verlegung des Oberlandesgerichts von Kleve nach Hamm



Oberlandesgericht am Markt in Hamm (mittleres Gebäude)

(Grafik von JVerwR Schulze-Allen, aus dem Bestand des OLG Hamm)

Aufgrund der Kabinettsorder des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. vom 20. April 1820 wird das Oberlandesgericht von Kleve nach Hamm verlegt. Das vom späteren Oberlandesgerichtspräsidenten Friedrich Wilhelm Berthold von Rappard geleitete Kollegium kann den Umzug zum 1. Juli 1820 fristgerecht vollziehen, weil dessen Kosten zunächst aus Geldern der damaligen Gerichtskasse gedeckt werden. Dieser Griff in die Kasse trägt dem Kollegium später die Missbilligung des preußischen Justizministers von Kircheisen ein. Im Oberlandesgericht Hamm werden neben dem Präsidenten von Rappard acht Oberlandesgerichtsräte tätig. Sie und die weiteren Bediensteten des Gerichts übersiedeln mit ihren Familien von Kleve nach Hamm. Als Gerichtsgebäude dient ein dem preußischen Staat gehörendes Geschäftsgebäude am Markt, in dem bis zur französischen Besetzung die preußische Kriego- und Domänenkammer untergebracht war.

Gerichtsbezirk des Oberlandesgerichts Hamm



1820 - Sitz der Gerichte in den Oberlandesgerichtsbezirken Hamm, Münster, Paderborn und Arnsberg

(Grafik von JVerwR Leonhard, aus dem Bestand des OLG Hamm)

Der Gerichtsbezirk des Oberlandesgerichts Hamm erstreckt sich auf die ehemaligen klevisch-märkischen Gebiete und hat etwa 300.000 Einwohner. Im Westfälischen begrenzt ihn nördlich die Lippe. Er reicht im Osten bis Lippstadt, im Süden bis Altena und Lüdenscheid und im rheinischen Westen bis Emmerich und Rees. Damit setzt er sich aus Teilen der Regierungsbezirke Arnsberg und Düsseldorf und somit aus Teilen der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz zusammen. Als Untergerichte gehören zu seinem Bezirk:

- die vier rheinischen Land- und Stadtgerichte in Emmerich, Wesel, Duisburg und Essen,
- die 12 westfälischen Land- und Stadtgerichte in Bochum, Hattingen, Schwelm, Hagen, Dortmund, Unna, Iserlohn, Altena, Lüdenscheid, Plettenberg, Soest und Hamm,
- Gerichtskommissionen in Rees, Schermbeck, Meinerzhagen, Dinslaken, Werden und Schwerte,
- das standesherrliche Gericht des Fürsten von Bentheim zu Limburg in Hohenlimburg,
- das königlich preußische und fürstliche Gesamtgericht in Lippstadt,
- das Patrimonialgericht der Herrschaft Broich zu Mülheim an der Ruhr,

- als besondere Gerichte: die beiden Berggerichte bei den Land- und Stadtgerichten in Essen und Bochum, drei Rheinzollgerichte in Duisburg, Emmerich und Wesel sowie ab 1830 die Fabrikengerichte bei den Land- und Stadtgerichten in Hagen, Iserlohn, Altena, Lüdenscheid und
- die Gerichte für Zivilsachen der königlich preußischen Besatzung in den Bundesfestungen Mainz und Luxemburg.

Das Oberlandesgericht verfügt über ein Inquisitoriat, eine mit Richtern besetzte Abteilung, die Aufgaben der Strafverfolgung und -vollstreckung im Oberlandesgerichtsbezirk wahrnimmt.

1830/1831

Drei Präsidenten binnen eines Jahres: von Rappard, von Steltzer und von Scheibler

Präsidenten des Oberlandesgerichts von 1820 bis 1840

		
1820 – 1830 von Rappard	1830/1831 von Steltzer	1831 - 1840 von Scheibler

Abbild. von Rappard und von Scheibler aus dem Bestand des OLG Hamm

Abbild. von Steltzer aus dem Bestand des Stadtarchivs Halberstadt

Von Rappard, 1820 im Alter von 71 Jahren zum Oberlandesgerichtspräsidenten berufen, tritt zum 30. Juni 1830 in den Ruhestand. Ihm folgt am 4. Dezember 1830 Christian Friedrich Bernhard von Steltzer, der bereits am 28. März 1831 als Präsident an das Oberlandesgericht Halberstadt wechselt und von dem nicht bekannt ist, ob er jemals am Oberlandesgericht in Hamm tätig war. Das Hammer Präsidentenamt übernimmt dann am 9. Mai 1831 der 51-jährige Karl August Ferdinand von Scheibler.

1840

Von Scheibler wechselt nach Münster, Lent übernimmt das Präsidentenamt

	1840 bis 1868 Lent Präsident des Oberlandesgerichts (bis 1848) und des Appellationsgerichts Hamm (ab 1849)
---	--

Abbild. aus dem Bestand des OLG Hamm

Oberlandesgerichtspräsident von Scheibler wechselt zum 1. Oktober 1840 als Präsident an das Oberlandesgericht nach Münster. Das ist eine „Beförderung“, weil er in Münster auch die Leitung des Revisionskollegiums übernimmt, an das nach erstinstanzlichen Entscheidungen des Oberlandesgerichts Hamm zu appellieren ist. Johann Heinrich Wilhelm Lent, zuvor Vizepräsident beim Oberlandesgericht in Münster, löst von Scheibler am 1. Oktober 1840 als Oberlandesgerichtspräsident in Hamm ab. Er wird das Amt bis zu seinem Tode am 12. Februar 1868 nahezu 28 Jahre ausüben und ist damit Präsident mit der längsten Amtszeit in der Geschichte des Oberlandesgerichts Hamm.

1848/1849

Preußische Reformen

Die Revolutionsjahre 1848/1849 führen auf der Grundlage der oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember 1848 (PrGS 1848, S. 375-391) zu bedeutsamen Veränderungen in der preußischen Gerichtsverfassung und im Gerichtsverfahren. Künftig ist jedermann der staatlichen (ordentlichen) Gerichtsbarkeit unterworfen. Nach der Verfassung üben fortan unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Richter die richterliche Gewalt im Namen des Königs aus. Den strafrechtlichen Inquisitionsprozess löst ein von der Staatsanwaltschaft zu betreibendes Anklageverfahren ab, an dem auch Laien als Geschworene beteiligt sind. Im Strafprozess wird jetzt öffentlich und mündlich verhandelt.

Oberlandesgerichte werden zu Appellationsgerichten



Gerichtssiegel des
Appellationsgerichts
Hamm

(aus dem Bestand des
OLG Hamm)

Die preußische Verordnung vom 2. Januar 1849 (PrGS 1849, S. 1-13) verändert die Organisation der ordentlichen Gerichte grundlegend. In erster Instanz treten kollegiale Stadtgerichte oder Kreisgerichte an die Stelle von Einzelrichtern. Die preußischen Oberlandesgerichte erhalten die Bezeichnung Appellationsgerichte, was zum Ausdruck bringt, dass sie nur noch Rechtsmittelgerichte sind.

Gerichtsbezirk des Appellationsgerichts Hamm



1849 - Sitz der Gerichte in den Appellationsgerichtsbezirken Hamm, Münster, Paderborn und Arnberg

(Grafik von JVerwR Leonhard, aus dem Bestand des OLG Hamm)

Zum in seiner Größe unveränderten Bezirk des Appellationsgerichts Hamm gehören fortan zehn Kreisgerichte in Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Hagen, Hamm, Iserlohn, Lüdenscheid, Soest und Wesel. In einzelnen Orten ihrer Bezirke unterhalten die Kreisgerichte Gerichtskommissionen. Die Anzahl der Einwohner im Gerichtsbezirk ist mittlerweile auf ca. 519.000 gestiegen, eine Folge der beginnenden Industrialisierung im Ruhrgebiet.

1864

Ausbau des Gerichtsgebäudes

Am 7. Januar 1864 zerstört ein Brand den westlichen Anbau des Gerichtsgebäudes, der in den Jahren 1865/1866 wieder aufgebaut wird. Ein weiterer Anbau an der Brüderstraße wird 1874/1875 errichtet. In diesem Anbau hält das Hammer Kreisgericht seine Sitzungen ab.

1870

50 Jahre in Hamm

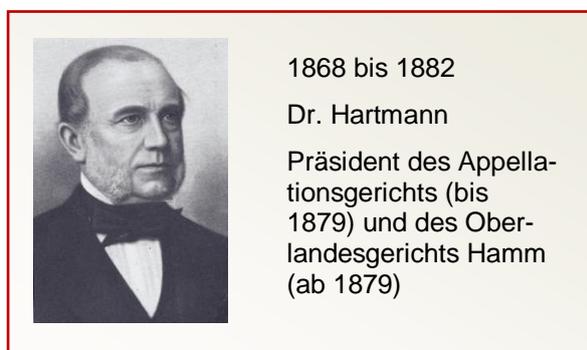
Am 4. Juli 1870 feiert das Appellationsgericht Hamm sein fünfzigjähriges Bestehen in Hamm. Der Westfälische Anzeiger in Hamm widmet dem Gericht eine vierseitige Festaussgabe. Die Stadt Hamm ist stolz auf ihr Appellationsgericht, das sich zum größten der vier westfälischen Obergerichte entwickelt hat. Ca. 833.000 Einwohner wohnen jetzt im Bezirk des Hammer Gerichts.



Titelseite der Festausgabe des westfälischen Anzeigers Hamm vom 4. Juli 1870 zum 50-jährigen Jubiläum des Appellationsgerichts Hamm

(Quelle: Westfälischer Anzeiger Hamm)

Dr. Hartmann, seit 1868 neuer Appellationsgerichtspräsident



Abbild. aus dem Bestand des OLG Hamm

Nach dem Tode des Appellationsgerichtspräsidenten Lent am 12. Februar 1868 steht seit dem 1. Juli 1868 Dr. Ludwig Hartmann an der Spitze des Gerichts. Zum Kollegium des Appellationsgerichts gehören 1870 neben Dr. Hartmann als Präsident ein Vizepräsident und 16 Appellationsgerichtsräte.

Bezirk des Appellationsgerichts Hamm

Der Bezirk des Appellationsgerichts Hamm umfasst nach wie vor zehn Kreisgerichte in Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Hagen, Hamm, Iserlohn, Lüdenscheid, Soest und Wesel. Die Kreisgerichte unterhalten in einigen größeren Orten ihrer Bezirke Gerichtsdeputationen und in kleineren Orten Gerichtskommissionen. Zum 1. Januar 1876 wird das Kreisgericht in Lüdenscheid zu einer Gerichtsdeputation des Kreisgerichts Hagen.

1879

Reichsjustizgesetze



1820 bis 1894 - erstes Gebäude des Oberlandes- und Appellationsgerichts am Markt in Hamm

von links:
Apotheke Cobet,
Appellations-/Oberlandesgericht,
Haus Klasmann (später Amtsgericht)

(Foto ca. 1875 – aus dem Bestand des OLG Hamm)

Die nach der Gründung des deutschen Reiches im Jahre 1871 am 1. Oktober 1879 in Kraft getretenen Reichsjustizgesetze bewirken einschneidende Reformen bei der Gerichtsverfassung und den Prozessordnungen. Stadt- und Kreisgerichte, die Appellationsgerichte und das preußische Obertribunal werden aufgehoben. An die Stelle des Obertribunals tritt das Reichsgericht mit dem Sitz in Leipzig. In nahezu jeder preußischen Provinz wird ein Oberlandesgericht errichtet. Der Bezirk eines Oberlandesgerichts umfasst die Bezirke neu geschaffener Landgerichte, deren Bezirke sich wiederum aus den Bezirken der ihnen unterstellten Amtsgerichte zusammensetzen. So entstand die heute noch gültige Struktur einer reichseinheitlichen Gerichtsverfassung.

Hamm wird Sitz des westfälischen Oberlandesgerichts

Um das für die Provinz Westfalen zuständige Oberlandesgericht wird intensiv gestritten. Neben Hamm meldet insbesondere auch Münster Anspruch auf den Sitz dieses Obergerichts an. Dem damaligen Präsidenten des Appellationsgerichts Dr. Hartmann gelingt es, eine Entscheidung zugunsten von Hamm herbeizuführen. Infolge der rasanten industriellen Entwicklung des Ruhrgebiets hat sich der Bezirk des Appellationsgerichts Hamm in den Jahren zuvor zum bevölkerungsreichsten der vier Appellationsgerichtsbezirke entwickelt. Hinzu kommen die zentrale Lage Hamms in der Mitte der Provinz und die gute Verkehrsanbindung durch zwischenzeitlich ausgebaute Eisenbahnstrecken.

Der Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm



1879 - Sitz der Gerichte im Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm

(Grafik von JVerwR Leonhard, aus dem Bestand des OLG Hamm)

Zum Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm gehören im Jahr 1879 acht Landgerichte und 108 Amtsgerichte:

- Das Landgericht in Arnsberg mit 19 Amtsgerichten in Arnsberg, Attendorn, Balve, Berleburg, Bigge, Brilon, Burbach-Neuenkirchen, Fredeburg, Grevenbrück(Förde), Hilchenbach, Kirchhundem, Laasphe, Marsberg, Medebach, Meschede, Neheim, Olpe, Siegen, Warstein,
- das Landgericht in Bielefeld mit 14 Amtsgerichten in Bielefeld, Bünde, Gütersloh, Halle, Herford, Lübbecke, Minden, (Bad) Oeynhausen, Petershagen, Rahden, Rheda, Rietberg, Vlotho, Wiedenbrück,
- das Landgericht in Dortmund mit 8 Amtsgerichten in Castrop (seit 1926 Castrop-Rauxel), Dortmund, Hörde (seit 1928 Dortmund-Hörde), Hamm, Kamen, Soest, Unna, Werl,
- das Landgericht in Duisburg mit 8 Amtsgerichten in Duisburg, Dinslaken, Emmerich, Mülheim an der/Ruhr, Oberhausen, Rees, Ruhrort, Wesel,
- das Landgericht in Essen mit 8 Amtsgerichten in Bochum, Borbeck (seit 1915 Essen-Borbeck), Essen, Steele (seit 1929 Essen-Steele), Werden (seit 1929 Essen-Werden), Gelsenkirchen, Hattingen, Wattenscheid,
- das Landgericht in Hagen mit 12 Amtsgerichten in Altena, Hagen, Haspe (seit 1929 Hagen-Haspe), Iserlohn, Hohenlimburg, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Menden, Plettenberg, Schwelm, Schwerte, Witten,
- das Landgericht in Münster mit 22 Amtsgerichten in Ahaus, Ahlen, Beckum, Bocholt, Borken, Bottrop, Buer, Burgsteinfurt, Coesfeld, Dorsten, Dülmen, Haltern, Ibbenbüren, Lüdinghausen, Münster, Oelde, Recklinghausen, Rheine, Tecklenburg, Vreden, Warendorf, Werne und
- das Landgericht in Paderborn mit 17 Amtsgerichten in Beverungen, Borgentreich, Brakel, Büren, Delbrück, Erwitte, Fürstenberg, Geseke, Höxter, Lichtenau, Lippstadt, Paderborn, Nieheim, Rüthen, Salzkotten, Steinheim, Warburg.

1882

Auf Dr. Hartmann folgt Dr. Falk



1882 bis 1900

Exzellenz Dr. Falk

Präsident des Oberlandes-
gerichts Hamm

Abbild. aus dem Bestand des OLG
Hamm (Foto: Feußner)

Nach dem Tode des ersten Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Hartmann am 6. Januar 1882 wird der ehemalige preußische Kultusminister Exzellenz Dr. Paul Ludwig Adalbert Falk am 30. Januar 1882 neuer Präsident des Oberlandesgerichts Hamm. Er findet ein seit 1879 aus dem Oberlandesgerichtspräsidenten, vier Senatspräsidenten und 25 Oberlandesgerichtsräten bestehendes Obergericht vor. Dieses residiert noch immer in den mittlerweile viel zu kleinen Räumlichkeiten des ersten Gerichtsgebäudes am Hammer Markt.

1888/1892

Bochum erhält ein Landgericht

1888 gelingt es der Stadt Bochum, zum Sitz eines weiteren Landgerichts bestimmt zu werden. Der zum 1. Oktober 1892 ins Leben gerufene Landgerichtsbezirk Bochum setzt sich aus Teilen der Landgerichtsbezirke Münster, Essen und Hagen zusammen. Die Stadt Bochum erhält ein Landgericht. In dessen Bezirk werden die Amtsgerichte in Bochum und in Wattenscheid (aus dem Bezirk des Landgerichts Essen), das Amtsgericht in Recklinghausen (aus dem Bezirk des Landgerichts Münster) und das Amtsgericht Witten (aus dem Bezirk des Landgerichts Hagen) übernommen. Mit dem zum 1. Oktober 1892 in Herne errichteten Amtsgericht gehören fünf Amtsgerichte zum Bochumer Bezirk.

1894

Neues Gerichtsgebäude am Friedrichsplatz in Hamm



1894

Neubau des Oberlandesgerichtsgebäudes am Friedrichsplatz in Hamm

(Abbild. einer Postkarte aus der Sammlung von Ludger Moor, Hamm)

Nach vierjähriger Bauzeit beziehen das Oberlandesgericht Hamm und mit ihm das Amtsgericht sowie die Staatsanwaltschaft im Jahre 1894 ein neues Geschäftsgebäude am damaligen Friedrichsplatz (heute Theodor-Heuss-Platz) in Hamm. Am Tag der Einweihung, dem 4. Juli 1894, gehen 450 Festgäste und Bedienstete des Oberlandesgerichts in einem langen, vom Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Falk, Oberstaatsanwalt Irgahn, Oberbürgermeister Matthei und Justizminister Dr. von Schelling angeführten Festzug vom alten Gerichtsgebäude am Markt zum Neubau. Es folgen die Senatspräsidenten und die übrigen Mitglieder des Oberlandesgerichts in Begleitung einer Abordnung von Reichsgerichtsräten, alle Richterroben tragend und Gesetzbücher im Arm haltend. Die Hammer Bevölkerung säumt die aufwendig geschmückten Straßen.

1900

Dr. Holtgreven übernimmt das Präsidentenamt



Abbild. aus dem Bestand des OLG Hamm

Oberlandesgerichtspräsident Dr. Falk verstirbt am 7. Juli 1900 und wird unter großer Anteilnahme der Bevölkerung auf dem Ostfriedhof in Hamm beigesetzt. Sein Nachfolger Exzellenz Dr. Anton Holtgreven tritt am 25. Juli 1900 seinen Dienst beim Oberlandesgericht in Hamm an.

ab 1900: Mehr Geschäfte und mehr Richter beim Oberlandesgericht

Dr. Holtgrevens Amtszeit, es sind die letzten Jahre des Kaiserreichs, prägen ein zunehmender Geschäftsanfall und eine stark ansteigende Anzahl von Richtern beim Oberlandesgericht. Die Eingänge der Berufungen in Zivilsachen steigen von 1.851 (im Jahr 1900) auf 3.468 (im Jahr 1910), bevor sie – bedingt durch die Kriegereignisse – bis 1918 wieder deutlich zurückgehen. Kommt das Oberlandesgericht im Jahre 1900 noch mit fünf Senaten aus, besetzt mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten, vier Senatspräsidenten und 25 Oberlandesgerichtsräten, steigt die Anzahl der Senate bereits bis 1905 auf acht und bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges auf elf an. 1905 sind neben dem Präsidenten bereits sieben Senatspräsidenten und 32 Oberlandesgerichtsräte in der Rechtsprechung des Oberlandesgerichts tätig.

1902

Hamm bekommt ein Justizprüfungsamt



1900 bis 1919

Exzellenz Dr. Holtgreven in großer Staatsuniform

Präsident des Oberlandesgerichts Hamm und erster Vorsitzender des Justizprüfungsamtes

Abbild. aus dem Bestand des OLG Hamm (Foto: Feußner)

Die Westfälische Wilhelms-Universität in Münster erhält wieder eine juristisch staatswissenschaftliche Fakultät und wird zur Volluniversität, beim Oberlandesgericht Hamm wird deswegen ein Prüfungsamt eingerichtet.

1906

Duisburg wechselt in den Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf

Der Landgerichtsbezirk Duisburg wechselt aus dem Hammer Bezirk in den neu geschaffenen Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf.

1914 bis 1918

Im Ersten Weltkrieg

Von unmittelbaren kriegerischen Ereignissen bleiben die Stadt Hamm und mit ihr das Oberlandesgericht verschont. Allerdings fallen im Ersten Weltkrieg 27 Beamte der Justizbehörden und Rechtsanwälte des Hammer Bezirks. Zu ihrem Gedenken wird 1932 ein - im damaligen Oberlandesgerichtsgebäude am Friedrichsplatz feierlich enthülltes - Ehrenmal geschaffen.

1919

Reiff löst Dr. Holtgreven im Präsidentenamt ab



Abbild. aus dem Privatbesitz der Fam. Reiff

Oberlandesgerichtspräsident Exzellenz Dr. Holtgreven tritt am 31. August 1919 in den Altersruhestand. Bereits am 1. September 1919 wird der damalige Reichsgerichtsrat Franz Ludwig Reiff zum neuen Oberlandesgerichtspräsidenten ernannt. Er steht an den politisch ereignisreichen ersten Jahren der Weimarer Republik an der Spitze des Oberlandesgerichts.

1920

100 Jahre Oberlandesgericht Hamm



nach 1900 – Gebäude
des Oberlandesgerichts
Hamm

Abbild. aus dem Bestand des
OLG Hamm

Am 1. Juli 1920 blickt das Oberlandesgericht Hamm auf eine wechselhafte 100-jährige Geschichte am Standort in Hamm zurück. Gefeiert wird morgens mit einem einfachen und ernsthaften Festakt im Plenarsaal des Gerichts. Auf Einladung der Stadt Hamm werden die Feierlichkeiten am Nachmittag im

Bürgerschützenhof fortgesetzt. Der preußische Justizminister von Zehnhoff gratuliert in einem Glückwunschsreiben. Den Mitgliedern des Oberlandesgerichts spricht er Lob und besondere Anerkennung der Justizverwaltung aus.

1924

Der Hammer Bezirk wird zum Musterbezirk



Abbild. aus dem Bestand
des OLG Hamm

Am 31. März 1924 tritt Oberlandesgerichtspräsident Reiff in den Ruhestand. Tags darauf wird Dr. Paul Jockwer als neuer Oberlandesgerichtspräsident vereidigt. Er entstammt einer Zeitungsverlegerfamilie und gilt als hervorragender Jurist und Verwaltungsbeamter. Die Sorgen und Nöte der von den Veränderungen der Nachkriegszeit und materiellen Einbußen betroffenen Justizbeamten hat er im Blick. Der Neubau und die Modernisierung von Gerichtsgebäuden sind ihm ein besonderes Anliegen. In seine Amtszeit fallen der Ausbau des Dachgeschosses des Oberlandesgerichtsgebäudes und der Neubau des Amtsgerichts Hamm. Bei seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1932 gilt der Hammer Bezirk als Musterbezirk.

1932/1933

Ein neuer Präsident stellt sich in den Dienst des nationalsozialistischen Unrechtsstaates



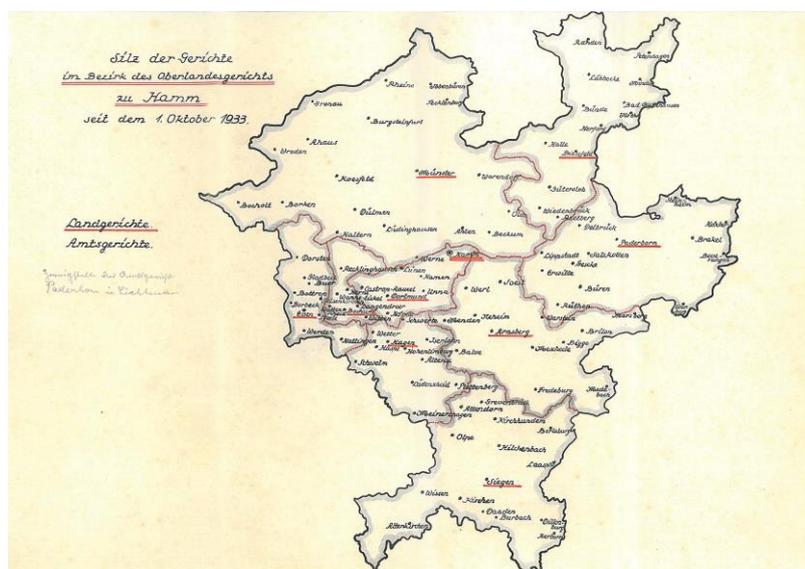
Abbild. aus dem Bestand
des OLG Hamm

Zu Beginn des sog. Dritten Reichs wird Rudolf Schneider Präsident des Oberlandesgerichts Hamm. Seine Auswahl und Ernennung erfolgen bereits vor der Machtergreifung Hitlers, sie sind nicht Folge einer nationalsozialistischen Juristenkarriere. Schneider gilt als konservativ, gehört 1933 noch der

Zentrumspartei und dem katholischen Beamtenbund an. In den nahezu zehn Jahren seiner Präsidentschaft beim Oberlandesgericht Hamm wird Schneider allerdings den nationalsozialistischen Umbruch von Anfang an vorbehaltlos unterstützen. Er akzeptiert den Nationalsozialismus als einzige staatliche Ordnungsmacht und ist darauf bedacht, seine politische und ideologische Radikalität so weit wie möglich im Bezirk des Oberlandesgerichts umzusetzen¹.

1933

Siegen erhält ein Landgericht



ab 1933 - Sitz der Gerichte im Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm

(Grafik von JVerwR Leonhard, aus dem Bestand des OLG Hamm)

Im Juni 1933 richtet die Justizverwaltung zum 1. Oktober 1933 den Landgerichtsbezirk Siegen ein. Die zugleich angeordnete Auflösung des Landgerichtsbezirks Arnsberg wird nach massiven Protesten aus der Region zurückgenommen. Das Landgericht Arnsberg bleibt mit einem verkleinerten Gerichtsbezirk bestehen. Aus seinem Bezirk wechseln die Amtsgerichte in Attendorn, Berleburg, Burbach-Neuenkirchen, Grevenbrück, Hilchenbach, Laasphe, Olpe und Siegen in den neuen Bezirk des Landgerichts Siegen. Im Arnsberger Bezirk verbleiben die Amtsgerichte in Arnsberg, Balve, Bigge, Brilon, Fredeburg, Niedermarsberg, Meschede, Neheim-Hüsten und Warstein, hinzukommen die Amtsgerichte in Soest, Menden und Werl.

1933 bis 1945

Hammer Justiz stützt die nationalsozialistische Diktatur

Unter Schneiders Präsidentschaft stellen sich viele Justizmitarbeiter dem nationalsozialistischen Regime zur Verfügung. So entwickelt sich die Justiz des Oberlandesgerichtsbezirks Hamm zu einer

¹ so beschrieben bei Hans-Eckhard Niermann, „Die Durchsetzung politischer und politisierter Strafjustiz im Dritten Reich, ihre Entwicklung aufgezeigt am Beispiel des OLG-Bezirks Hamm“, Juristische Zeitgeschichte, Bd. 3 Strafjustiz im Dritten Reich, 1995; S. 54/55

Stütze der nationalsozialistischen Diktatur. Bis zum Jahre 1945 verurteilen allein die politischen Strafsenate des Oberlandesgerichts Hamm mehr als 15.000 Regimegegner wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ oder - nach Kriegsbeginn - auch wegen „Wehrkraftzersetzung“ zu langjährigen Zuchthausstrafen. Ähnlich hart bestrafen die dem Oberlandesgericht unterstehenden Sondergerichte in Bielefeld, Dortmund, Essen und Hagen weitere ca. 12.000 Angeklagte wegen „Heimtückevergehen“ oder als „Volksschädlinge“ bzw. „Kriegswirtschaftsverbrecher“. Das Oberlandesgericht Hamm und die Sondergerichte verhängen in dieser Zeit mindestens 350 Todesurteile². Zudem ordnen die Amtsgerichte in ihrer Funktion als sog. Erbgesundheitsgerichte die Zwangssterilisation einer Vielzahl von Frauen, Männern und Kindern an.

Vertreibung jüdischer Justizangehöriger

Ab 1933 werden über 100 meist jüdische Justizbeamte im Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm aus ihren Ämtern vertrieben, u.a. 36 höhere jüdische Beamte aufgrund des sog. *Berufsbeamtenengesetzes* vom 7. April 1933 (RGBl. I 1933, S. 39ff) und der 1935 in Kraft getretenen, sog. *Nürnberger Rassegesetze* aus dem Dienst entlassen. Bis 1938 verlieren 166 Rechtsanwälte durch das sog. *Gesetz über den Ausschluss von der Rechtsanwaltschaft* ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage³.

1943 wird mit Semler ein überzeugter Nationalsozialist Präsident des Oberlandesgerichts



Abbild. aus dem Bestand
des OLG Hamm

Hans Semler ist überzeugter Nationalsozialist und war bereits 1933 ein „alter Kämpfer“ der Bewegung. Deswegen wird er 1936 mit 34 Jahren zunächst Generalstaatsanwalt in Hamm und zum 1. März 1943 mit 41 Jahren sodann Präsident des Oberlandesgerichts Hamm. Hinter beiden Entscheidungen steht die NSDAP als Partei und keine persönliche oder fachliche Qualifikation Semlers. Bereits in der Praxis der Generalstaatsanwaltschaft hinterlässt der für die Aufgabe fachlich kaum qualifizierte Semler keine nachhaltigen Spuren. Auch die beim Oberlandesgericht übernommene Aufgabe sagt ihm wenig zu. Auf eigenes Betreiben wird er im September 1944 zur Wehrmacht eingezogen. Sein Amt als Präsident des Oberlandesgerichts Hamm übt er danach nicht wieder aus.

² so beschrieben bei Hans-Eckhard Niermann, a.a.O., S. 1/2

³ so beschrieben bei Hans-Eckhard Niermann, a.a.O., S. 41-49

Kriegseinwirkungen



19. März 1945 - eine Sprengbombe zerstört den Westflügel des Oberlandesgerichtsgebäudes

(Grafik von JVerwR Schulze-Allen, aus dem Bestand des OLG Hamm)

Ab 1943 erschweren die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges die Arbeit im Oberlandesgerichtsgebäude. Heizung und Licht funktionieren nicht mehr, Fenster und Türen sind so gut wie nicht mehr vorhanden, immer wieder zwingen Luftangriffe zum Aufsuchen der Luftschutzräume. Anfang des Jahres 1945 kommt der Dienstbetrieb völlig zum Erliegen. Das Oberlandesgerichtsgebäude wird bis zum Ende der Kämpfe um Hamm am 5. April 1945 von 68 Stabbrandbomben, zwei Phosphorkanistern, fünf großen Sprengbomben und fünf Brandgranaten getroffen.

1945/1946

Neubeginn nach Kriegsende

Das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 2 schließt die deutschen Gerichte und verbietet ihre Tätigkeit bis zu einer anderslautenden Anordnung der Militärregierung. Den Plänen der Besatzungsmächte folgend nimmt zunächst die Verwaltung des Oberlandesgerichts Ende Mai/Anfang Juni 1945 die Geschäfte wieder auf. Sie bereitet die Wiedereröffnung der Rechtsprechung bei den Amts- und Landgerichten des Bezirks vor, von denen die große Mehrzahl in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 wieder tätig wird. Die Rechtsprechung des Oberlandesgerichts wird am 1. Dezember 1945 in einer kleinen Feierstunde mit fünf Zivilsenaten und einem Strafsenat wiedereröffnet.

Senatspräsident Dr. Ernst Hermsen wird Oberlandesgerichtspräsident



Abbild. aus dem Bestand des OLG Hamm

Am 10. August 1945 ernennt die britische Militärregierung den damaligen Senatspräsidenten Dr. Hermsen zum Präsidenten des Oberlandesgerichts. Bereits am 31. Mai 1946 gibt Dr. Hermsen

sein Amt wieder auf, nachdem bekannt wird, dass er als Vorsitzender zweier Strafsenate des Oberlandesgerichts in den Jahren 1933 bis 1937 wesentlichen Anteil an der politisch motivierten Strafrechtsprechung hatte.

Dr. Josef Wiefels übernimmt das Präsidentenamt



Abbild. aus dem Bestand
des OLG Hamm

Am 23. Oktober 1946 wird Dr. Josef Wiefels zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Hamm ernannt und leitet dann nahezu 15 Jahre den größten Oberlandesgerichtsbezirk der im Jahre 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland. Für den Standort des Gerichts in Hamm setzt er sich erfolgreich ein. Zunächst verhindert er dessen Verlegung nach Essen, das sich um den Sitz des Oberlandesgerichts beworben hatte, nachdem das Ende 1950 wiederhergestellte Oberlandesgerichtsgebäude am Friedrichsplatz in Hamm den Raumbedarf auf Dauer nicht mehr decken konnte. Dr. Wiefels erreicht zudem, dass die Stadt Hamm der Justiz ein Grundstück an der Heßlerstraße für einen Gerichtsneubau anbietet und sich zum Erwerb des Altbaus bereit erklärt. So werden wichtige Voraussetzungen für den Verbleib des Oberlandesgerichts in Hamm geschaffen.

1947

Detmold wechselt in den Hammer Bezirk

Auf den mit Erlass des Reichsjustizministers zum 1. Oktober 1944 verfügten Wechsel des Landgerichtsbezirks Detmold aus dem Bezirk des Oberlandesgerichtsbezirks Celle in den Hammer Oberlandesgerichtsbezirk folgt nach dem Kriegsende am 1. April 1946 zunächst die Rückgliederung des Detmolder Bezirks in den Celler Bezirk. Dies jedoch nur für 13 Monate. Im Januar 1947 vereinbarten die Länder Nordrhein-Westfalen und Lippe ihre Vereinigung, in deren Folge der Landgerichtsbezirk Detmold mit Amtsgerichten in Alverdissen, Blomberg, Detmold, Hohenhausen, Horn, Lage, Lemgo, Oerlinghausen und Bad Salzuflen zum 1. Mai 1947 erneut in den Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm aufgenommen wird.

1955 bis 1958

Bau eines neuen Oberlandesgerichtsgebäudes an der Heßlerstraße in Hamm



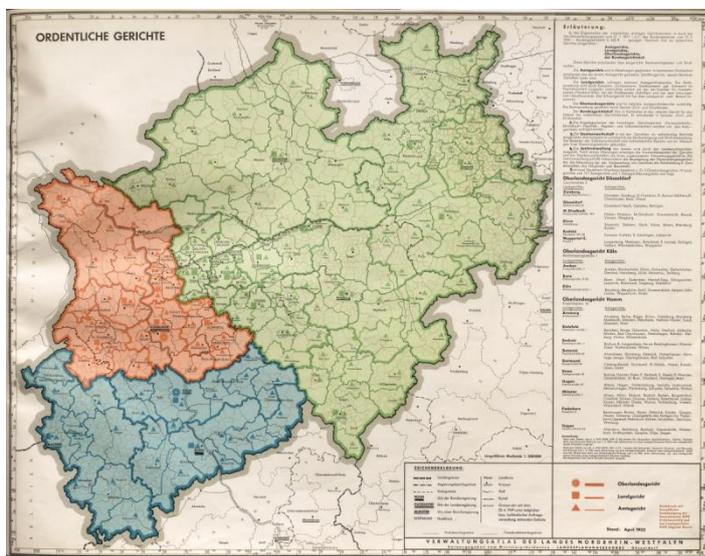
Modell für den Neubau des Oberlandesgerichts Hamm an der Heßlerstraße nach dem Entwurf des Architekten

(Abb. aus dem Bestand des OLG Hamm)

Der Neubau des Oberlandesgerichts Hamm an der Heßlerstraße gelangt 1955 - am 22. September 1955 wird der Grundstein gelegt - nach einem Entwurf des Architekten Karl Schuck zur Ausführung. Gebaut werden ein Hochhaus mit elf, ein Bürohaus mit sieben und ein Saaltrakt mit vier Obergeschossen. Der Ende 1958 abgeschlossene Innenausbau ermöglicht den Einzug der Generalstaatsanwaltschaft und des Oberlandesgerichts. Am 5. Mai 1959 wird das Gebäude feierlich eingeweiht.

1958

Wachstum bei der westfälischen Justiz



Die ordentlichen Gerichte des Landes Nordrhein-Westfalen Anfang der 1950er Jahre - Karte aus dem Verwaltungsatlas des Landes Nordrhein-Westfalen von 1952

(Quelle: Landesarchiv und Staatskanzlei NRW)

Anfang der 1950er Jahre gehören dem Hammer Oberlandesgerichtsbezirk zehn Landgerichte und 111 Amtsgerichte an. Das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik Deutschland führt zu vermehrten Prozessen und einem zunehmenden Geschäftsanfall beim Oberlandesgericht. 1958, bei seinem Umzug an die Heßlerstraße, verfügt das Oberlandesgericht Hamm über fünf Strafsenate und 19 Zivilsenate. Neben dem Oberlandesgerichtspräsidenten und dem Vizepräsidenten gehören ihm 17 Senatspräsidenten, 71 Oberlandesgerichtsräte, ein Justiz- und Kassenrat, drei Oberamtmänner, drei Amt-

männer, 12 Verwaltungsräte und 261 sonstige Beamte, Angestellte und Arbeiter an. In seinen Senaten sind ständig acht bis zehn - an das Oberlandesgericht zur Unterstützung abgeordnete - Hilfsrichter tätig. Dem Oberlandesgericht sind ca. 270 Referendare zur Ausbildung beim Oberlandesgericht und den Gerichten seines Bezirks zugewiesen. Das Justizprüfungsamt des Oberlandesgerichts prüft 1958 514 Rechtskandidaten.

1960/1961

„Gespaltene Erde“ und „Säule der Gerechtigkeit“



links: **Gespaltene Erde**
(Abbild. aus dem Bestand des OLG Hamm)

1960 und 1961 erhält das noch junge Oberlandesgerichtsgebäude zwei Kunstwerke, die sein Erscheinungsbild bis heute prägen.

Der für monumentale und plastische Skulpturen bekannte Bildhauer Prof. Paul Dierkes aus Berlin erschafft die monumentale Granitkugel „Gespaltene Erde“, die seit 1960 auf der südlichen Rasenfläche vor dem Gerichtsgebäude aufgestellt ist. Ihr Stein wurde im Fichtelgebirge gebrochen. Die Kugel mit einem Durchmesser von 280 cm wiegt ca. 22 Tonnen.

Prof. Hubert Berke, ein Schüler Paul Klees, gestaltet 1961 gemeinsam mit seinen Schülern, Studenten der TH Aachen, ein Wandbild aus Mosaiksteinen, das sich mit einer Höhe von 20 m über fünf Stockwerke im Treppenhaus des Oberlandesgerichts erstreckt. Die gegenstandsfreie Darstellung hat der Künstler selbst in einem Gespräch als „Säule der Gerechtigkeit“ bezeichnet, ein Begriff, der sich bis heute eingepreßt hat.

rechts: **Säule der Gerechtigkeit**
(Abbild. aus dem Bestand des OLG Hamm)



1961

Auf Dr. Wiefels folgt Dr. Heinrich Rempe



Abbild. aus dem Bestand
des OLG Hamm

Oberlandesgerichtspräsident Dr. Wiefels tritt am 31. Mai 1961 in den Ruhestand. Nach dem Rheinländer Dr. Wiefels übernimmt ein Westfale die Leitung des Gerichts. Dr. Heinrich Rempe, seit 1946 im Hammer Bezirk als Behördenleiter des Amts- und Landgerichts Paderborn sowie des Landgerichts Essen tätig, beendet seine juristische Laufbahn an der Spitze des Oberlandesgerichts Hamm. Dr. Rempe, ein im Hammer Bezirk anerkannter Verwaltungsfachmann und Behördenleiter, ist loyal gegenüber dem Landesjustizministerium und hat die Belange des Oberlandesgerichts und seines Bezirks im Blick. Ein nachhaltiger Beitrag zu der bereits in seiner Amtszeit geführten Diskussion um Justizreformen ist von ihm allerdings nicht bekannt. Am 30. April 1967 tritt Dr. Rempe in den Ruhestand.

1967

Auf Dr. Rempe folgt Dr. Franz Hense



Abbild. aus dem Bestand
des OLG Hamm

Rückblicke und Ausblicke kennzeichnen die Präsidentschaft von Dr. Franz Hense, der ab dem 1. Juni 1967 für ca. 8 Jahre an der Spitze des Oberlandesgerichts Hamm steht. In seiner Amtszeit feiert das Oberlandesgericht am 1. Juli 1970 sein 150-jähriges Bestehen in Hamm. Es sind außerdem die Jahre, in denen eine „Große Justizreform“ mit einem dreistufigen Gerichtaufbau diskutiert und damit auch das Oberlandesgericht Hamm und sein Bezirk in Frage gestellt werden.

1970

Das Oberlandesgericht Hamm feiert sein 150-jähriges Jubiläum

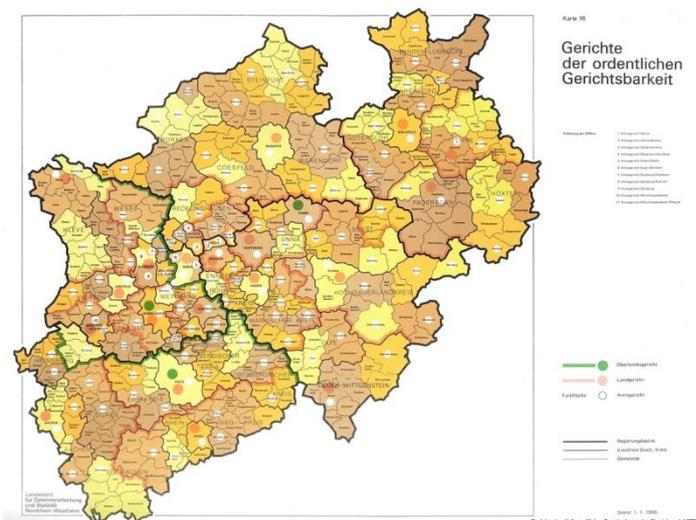


Grafik des Oberlandesgerichts Hamm, ca. 1970

(Grafik von JVerwR a.D. Schulze-Allen, aus dem Bestand des OLG Hamm)

Die Geschichte des Oberlandesgerichts Hamm steht im Mittelpunkt der Feierlichkeiten zu seinem 150-jährigen Bestehen, die Ende Juni/Anfang Juli 1970 in Hamm ausgerichtet werden. In der Vorbereitung entsteht die Festschrift „Rechtspflege zwischen Rhein und Weser“. Das Jubiläum begleitet die vom Städtischen Gustav-Lübcke-Museum im Oberlandesgericht organisierte Ausstellung „Zeugnisse Westfälischer Rechtsgeschichte“. Seinen Höhepunkt stellt der Festakt am 1. Juli 1970 dar, auf dem Prof. Dr. H. Westermann die vielbeachtete Festrede „Der Richter in Zeit und Raum“ hält.

Große Justizreform?



Die ordentlichen Gerichte des Landes Nordrhein-Westfalen nach dem Abschluss der kommunalen Gebietsreform - Karte aus dem Verwaltungsatlas des Landes Nordrhein-Westfalen von 1988

(Quelle: IT NRW)

Eine große Justizreform mit strukturellen Veränderungen im Gerichtsaufbau gibt es dann doch nicht. Allerdings führt die im Wesentlichen bis Mitte der 1970er Jahre vollzogene kommunale Gebietsreform zur Auflösung zahlreicher kleinerer Amtsgerichte und zur Neugliederung der Amtsgerichtsbezirke. Das verändert den Zuschnitt der Landgerichtsbezirke, deren Zahl nicht verringert wird. Auch der Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm bleibt erhalten. In ihm leben ca. 8.550.000 Einwohner. 1970 sind beim Oberlandesgericht Hamm 115 Richter in 22 Zivilsenaten und fünf Strafsenaten sowie ca. 400 weitere Justizbedienstete tätig. Jährlich werden etwa 4.000 Zivilsachen verhandelt und zwischen 1.200 und 1.400 Strafsachen bearbeitet.

1975

Otto Tiebing übernimmt das Präsidentenamt



Abbild. aus dem Bestand
des OLG Hamm

Otto Tiebing ist Landgerichtspräsident in Kleve, als er zum 1. Februar 1975 zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Hamm befördert wird. In den nahezu 14 Jahren seiner Präsidentschaft wird Tiebing in Hamm erfolgreich wirken und auch heimisch. Tiebing bewegt viel, muss viel bewegen. Sein Bestreben ist es, die Arbeitsbedingungen der Gerichte des Bezirks zu verbessern. Ein anspruchsvolles Unterfangen, gilt es doch, einen zunehmenden Geschäftsanfall zu bewältigen und gleichzeitig politischen Vorgaben zum Personalabbau und zu Sparmaßnahmen zu genügen.

1977

Einrichtung der Senate für Familiensachen - es wird eng im Oberlandesgericht

Aufgrund der Reformgesetzgebung zum Ehe- und Familienrecht werden zum 1. Juli 1977 vier Senate für Familiensachen beim Oberlandesgericht Hamm eingerichtet. Ihre Zahl und die Anzahl der Zivilsenate werden in den kommenden Jahren stark ansteigen. Ende 1986 verfügt das Oberlandesgericht bereits über 12 Senate für Familiensachen, 30 Zivilsenate und fünf Strafsenate. Damit steigt die Gesamtzahl der Senate in Tiebings Amtszeit von 29 auf 49. Neben einem verstärkten personellen Einsatz erfordert das erhebliche organisatorische Anstrengungen. Neue Geschäftsstellen, Sitzungssäle und Dienstzimmer müssen bereitgestellt werden.

Nebenstellen werden eingerichtet

Da das Gerichtsgebäude an der Heßlerstraße nicht über genügend Räumlichkeiten verfügt, werden ab 1977 zunehmend Einheiten der Gerichtsverwaltung in im Stadtgebiet angemietete Büroräume ausgelagert. Diese Entwicklung wird sich bis zur Erweiterung des Gebäudes an der Heßlerstraße nicht ändern.

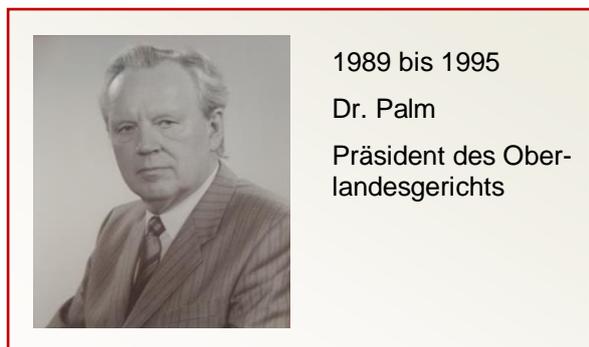
Den Anfang macht 1977 die Oberjustizkasse, ihre Verwaltung zieht in 13 Wohnungen eines an der Marker Allee in Hamm gebauten Mehrfamilienhauses. 1979 wechseln die insbesondere für Personalsachen aller nichtrichterlichen Mitarbeiter zuständigen Verwaltungsdezernate 2 und 10 in ein an der Römerstraße angemietetes Verwaltungsgebäude, die „Nebenstelle Bockum-Hövel“ entsteht.

1981 werden Teile der Oberjustizkasse an der Ostenallee untergebracht. Das Verwaltungsdezernat 4, seinerzeit zuständig für Rechtsanwälte und Notare, bezieht 1986 Räume im Gebäude des Amtsgerichts an der Borbergstraße in Hamm. 1996 übersiedelt es gemeinsam mit dem Verwaltungsdezernat 7, zuständig u.a. für Disziplinar- und Dienstaufsichtssachen, in die Räume an der Marker Allee, die zuvor das Rechnungsamt genutzt hatte.

Im Universahaus an der Südstraße finden ab 1992 die Verwaltungsdezernate 3 (für Haushalt, Bauen), 5 (Fortbildung und Referendare) sowie später 9 (Informationstechnik) Platz. Erst mit dem Abschluss der Erweiterungs- und Modernisierungsarbeiten des Oberlandesgerichtsgebäudes an der Heßlerstraße im Jahre 2004 können diese Nebenstellen wieder aufgegeben werden.

1988

Dr. Heinz Palm löst Tiebing ab



Abbild. aus dem Bestand
des OLG Hamm

Als Otto Tiebing am 31. Dezember 1988 in den Ruhestand tritt, steht Dr. Heinz Palm als Nachfolger bereit. Dr. Palms besonderes Interesse gilt dem juristischen Nachwuchs, er ist ein Befürworter und Förderer des „Bielefelder Modells“ der einstufigen Juristenausbildung. In seiner Amtszeit wird Deutschland wiedervereinigt. In dem vorrangig von Nordrhein-Westfalen unterstützten neuen Bundesland Brandenburg werden zahlreiche Kolleginnen und Kollegen des Hammer Bezirks als „Aufbauhelfer“ tätig.

1994

Auflösung des Rechnungsamtes

Zum 1. Januar 1995 ordnet der Landesgesetzgeber die staatliche Finanzkontrolle neu und fasst sie beim Landesrechnungshof und ihm angegliederten Rechnungsprüfungsämtern zusammen. Damit fallen die Rechnungsämter bei den Oberlandesgerichten weg, vom Oberlandesgericht Hamm werden 26 Beamte in den Geschäftsbereich des Landesrechnungshofes versetzt.

1996

Gero Debusmann tritt an



Erst Gero Debusmann, seit dem 1. Januar 1996 Präsident des Oberlandesgerichts Hamm, gelingt es, die überfällige Erweiterung und Modernisierung des Oberlandesgerichtsgebäudes durch- und umzusetzen. Debusmann steht zudem für die Einführung einer modernen Informationstechnik mit modernisierten Arbeitsweisen in der Justiz des Oberlandesgerichtsbezirks Hamm.

1999 bis 2004

Erweiterung und Modernisierung des Gerichtsgebäudes an der Heßlerstraße



2001 - Oberlandesgericht Hamm während der Bau-
maßnahmen

(Foto aus dem Bestand des OLG Hamm)

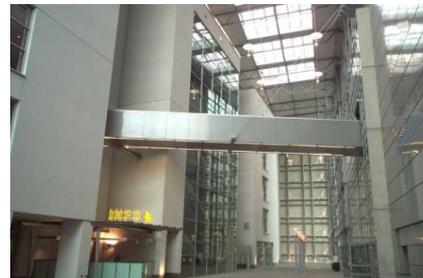
Endlich mehr Platz: Den 1999 begonnenen Bauarbeiten zur Erweiterung und Modernisierung des Oberlandesgerichtsgebäudes liegt der - aus dem zuvor durchgeführten Architektenwettbewerb als Sieger hervorgegangene - Entwurf des staatlichen Bauamtes Düren zugrunde. Das Bauvorhaben ist in zwei Abschnitte gegliedert. Von Ende 1999 bis Ende 2001 werden im ersten Bauabschnitt die Eingangshalle und das Hochhaus fertiggestellt. Außerdem wird der Saaltrakt erweitert und saniert. Diese Gebäudeteile kann Justizminister Jochen Diekmann dem Oberlandesgericht am 8. März 2002 offiziell übergeben.



Eingangsbereich des Oberlandesgerichts Hamm nach Abschluss der Baumaßnahmen

(Foto aus dem Bestand des OLG Hamm)

Die umfangreiche Sanierung des Altbaus, der zweite Bauabschnitt, beginnt im Frühjahr 2002. Sie ist Ende 2003 so weit abgeschlossen, dass die Gebäudeteile wieder von der Justiz genutzt werden können. Über das gesamte Stadtgebiet verstreute Nebenstellen des Oberlandesgerichts werden in der Folge aufgelöst und die dort Beschäftigten im sanierten Gebäude untergebracht. Oberlandesgericht und Generalstaatsanwaltschaft stehen jetzt in einem modernen Justizgebäude an der Heßlerstraße ca. 35.000 m² Nutzfläche zur Verfügung. Mit der Einweihung des grundsanierten Altbaus am 16. Juli 2004 durch den seinerzeit amtierenden Justizminister Wolfgang Gerhards finden die Baumaßnahmen ihren Abschluss.



(Fotos aus dem Bestand des OLG Hamm)



Neu gestaltete Sitzungssäle, eine beeindruckende Eingangshalle, eine moderne Bücherei und ansprechende Räume für die Betreuung von an familiengerichtlichen Verfahren beteiligten Kindern und Jugendlichen sind nur einige Beispiele des gelungenen Umbaus.



Eingangshalle des
Oberlandesgerichts
Hamm mit Blick auf
das Kunstwerk
„GG Art. 3“

(Foto René Golz, aus dem
Bestand des OLG Hamm)

„GG Art. 3 (Gleichheit vor dem Gesetz) Kommentar“ ist der ungewöhnliche Titel des Werkes, mit dem die Künstler Thomas Locher und Rolf Walz aus Berlin die neue Eingangshalle künstlerisch gestalten. Unterschiedlich große Textkreise befassen sich mit Art. 3 des Grundgesetzes und thematisieren den Text der Vorschrift sowie grundlegende Fragen zu seiner Bedeutung.



2004 - Ostseite des
Oberlandesgerichts
Hamm nach dem Ab-
schluss der Baumaß-
nahmen

(Foto aus dem Bestand
des OLG Hamm)

2002

Validierungszentrum

Mit dem Validierungszentrum wird beim Präsidenten des Oberlandesgerichts Hamm eine Einrichtung der Informationstechnik mit landesweiter Zuständigkeit geschaffen. Zu seinen Kernaufgaben gehört es, Hard- und Softwarekomponenten auf ihre Funktionsfähigkeit zu überprüfen, bevor sie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Justiz zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden. 2017 wechselt das Validierungszentrum in den Verantwortungsbereich des zum 1. Januar 2014 beim Oberlandesgericht Köln eingerichteten zentralen IT-Dienstleisters der nordrhein-westfälischen Justiz.

2007

Stabsstelle Personalentwicklung

Am 1. Juni 2007 wird die Stabsstelle Personalentwicklung beim Oberlandesgericht Hamm gegründet. Sie entwickelt Konzepte, unterstützt und berät die für die Personalentwicklung in der Justiz Verantwortlichen. Seit 2018 ist ihr die neu geschaffene Koordinierungsstelle Gesundheitsmanagement angegliedert.

2009

Nach Debusmann kommt Johannes Keders



Vom 3. April 2009 bis zum 31. August 2020 leitete Johannes Keders das Oberlandesgericht Hamm. Er steht für die Sicherung und Verbesserung der hohen Qualität der gesamten Verwaltungsarbeit des Oberlandesgerichts. Das bringen u.a. ein - bundesweit einmaliges - TÜV-geprüftes Qualitätsmanagement und ein zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Gerichten und Sachverständigen gegründeter Qualitätszirkel Sachverständigenwesen NRW zum Ausdruck. Attraktiv gestaltete Arbeitsbedingungen erleichtern die Gewinnung qualifizierter Juristinnen und Juristen für den Richterberuf im Bezirk des Oberlandesgerichts. Ein besonderes Augenmerk legt Keders auf den Bau und die Modernisierung von Gerichtsgebäuden. In seiner Amtszeit werden die Justizzentren in Gelsenkirchen und Bochum, das Amtsgericht Werl und der Saaltrakt des Amts- und Landgerichts Essen neu gebaut. Zur Aufbewahrung alter Notarakte wird in Zusammenarbeit mit der Westfälischen Notarkammer Hamm in Siegen ein zentrales Aktenarchiv eingerichtet.

Datenauswertungszentrum

Am 1. Juli 2009 nimmt das Datenauswertungszentrum der Justiz in Hamm seinen Betrieb auf. Die der Dienstaufsicht des Präsidenten des Oberlandesgerichts Hamm und der Fachaufsicht des Justizministeriums unterstehende Einrichtung befasst sich vor allem mit der Aufbereitung, Auswertung und Analyse steuerungsrelevanter statistischer Daten für die Justiz.

2013

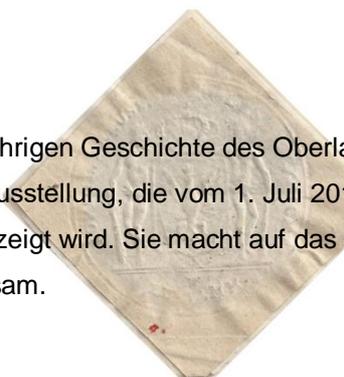
Kassenkonzentration in Hamm

In Umsetzung eines Kabinettschlusses aus dem Jahre 2007 vereinbaren das nordrhein-westfälische Finanz- und das nordrhein-westfälische Justizministerium im November 2013, dass das Landesamt für Finanzen künftig die Aufgaben übernimmt, die die Oberjustizkasse in Hamm seit 1967 als Landeskasse für den gesamten Justizbereich wahrgenommen hat. Parallel dazu wird bis Ende des Jahres 2017 die Vollstreckung sämtlicher Kostenforderungen der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Hammer Kasse konzentriert, die seit 2017 den Namen „Zentrale Zahlstelle Justiz“ trägt. Die zentrale Vollstreckungsabteilung mit heute über 200 Bediensteten wird in der 2016 eingerichteten Nebenstelle an der Gutenbergstraße in Hamm tätig.

2015

195 Jahre OLG Hamm

„Auf Spurensuche ... aus der 195-jährigen Geschichte des Oberlandesgerichts Hamm und seines Bezirks“ ist der Titel der historischen Ausstellung, die vom 1. Juli 2015 bis zum 11. September des Jahres im Oberlandesgericht Hamm gezeigt wird. Sie macht auf das 200. Jubiläum des Oberlandesgerichts Hamm im Jahr 2020 aufmerksam.



2016

Prozessorientiertes Qualitätsmanagement

Die im Jahre 2013 begonnene Einführung eines prozessorientierten Qualitätsmanagements beim Oberlandesgericht Hamm erreicht ein wichtiges Zwischenziel: weite Teile der Verwaltung werden nach den Bestimmungen der DIN ISO 9001:2015 durch den TÜV Nord erstmals zertifiziert. Das Qualitätsmanagement wird fortlaufend weiterentwickelt, alle drei Jahre steht eine Rezertifizierung an.



Zentrum für integriertes Rechnungswesen

Mit dem Abschluss der Einführung der neuen Software für das Rechnungs- und Kassenwesen EPOS.NRW entsteht beim Oberlandesgericht Hamm am 1. Juli 2016 das Zentrum für integriertes Rechnungswesen. Es erfüllt landesweit für die Budgeteinheiten der Justiz (mit Ausnahme des Justizvollzuges) vielfältige Aufgaben im reformierten öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesen. Die Fachaufsicht nimmt das Justizministerium wahr, die Dienstaufsicht das Oberlandesgericht Hamm.

2017

Kompetenzzentrum für Informationssicherheit

Zum 1. November 2017 nimmt das Kompetenzzentrum für Informationssicherheit der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen - erneut unter der Dienstaufsicht des Oberlandesgerichts Hamm und der Fachaufsicht des Justizministeriums - seine Arbeit beim hiesigen Oberlandesgericht auf. Es unterstützt die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen der Informationssicherheit für die Justiz des Landes.

2018

Elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Aktenführung

Das Oberlandesgericht Hamm beschreitet den Weg der Digitalisierung: Der elektronische Rechtsverkehr und auch die elektronische Akte halten Einzug. Seit Beginn des Jahres können Rechtssuchende und ihre Rechtsanwälte Schriftsätze auf elektronischem Weg beim Gericht einreichen. Im Verlauf des Jahres pilotieren dann einige Zivilsenate des Oberlandesgerichts Hamm die elektronische Akte und erweitern so die bereits in den Jahren zuvor bei einigen Landgerichten des Hammer Bezirks begonnene Testphase auf die Ebene eines Rechtsmittelgerichts. Inzwischen arbeiten alle Zivilsenate des Oberlandesgerichts Hamm mit der elektronischen Akte.

Musterfeststellungsklage

Das Oberlandesgericht Hamm erhält die alleinige Zuständigkeit für die vom Gesetzgeber im November 2018 eingeführten Musterfeststellungsverfahren in Nordrhein-Westfalen.

2020

200. Jubiläum des Oberlandesgerichts Hamm

Das Oberlandesgericht Hamm gibt zu seinem 200. Jubiläum die außergewöhnlichen Festschriften „200 Jahre Oberlandesgericht Hamm / das.besondere“ und „200 Jahre Oberlandesgericht Hamm / ins.besondere“ heraus. Der für den 1. Juli 2020 geplante Festakt und der für den 4. Juli 2020 geplante Tag der offenen Tür finden wegen der Corona-Pandemie nicht statt.

2021

Gudrun Schäpers übernimmt



Am 5. Juli 2021 wird Gudrun Schäpers zur Präsidentin des Oberlandesgerichts Hamm ernannt. Die 53-jährige Juristin, zuvor Abteilungsleiterin im nordrhein-westfälischen Ministerium der Justiz, ist die erste Frau an der Spitze des Gerichts.

Impressum

Herausgeber und Verantwortlicher im Sinne des Landespressegesetzes

Die Präsidentin des Oberlandesgerichts Hamm
Dezernat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Heßlerstraße 53, 59065 Hamm
Tel.: 02381/272-4925

E-Mail: pressestelle@olg-hamm.nrw.de
www.olg-hamm.nrw.de

Autor: Christian Nubbemeyer,
Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht